

Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.

# Uelouieberstein



... für Sie unterwegs in #006!

Moin liebe Leserinnen und Leser,

seit geraumer Zeit erleben wir, dass der **Respekt vor Polizisten, Soldaten, Feuerwehrleuten oder Rettungskräften** schwindet. Verbale Pöbeleien sind im Vergleich zu den Bildern, die wir von massiven körperlichen Angriffen auf Polizisten in Stuttgart und Frankfurt zu sehen bekommen, fast noch "harmlos". Aber nicht nur die Bediensteten von Polizei oder Bundeswehr sind Tag für Tag **für unsere Sicherheit im Einsatz**. Auch Organisationen wie das THW, der DLRG oder die unzähligen Freiwilligen Feuerwehren sind für uns da. Für Sicherheit zu sorgen reicht von der Abriegelung von Unfallstellen auf Autobahnen, über den Schutz von Menschen auf Großveranstaltungen, bis hin zu Auslandseinsätzen in den Krisengebieten dieser Welt. Eine Arbeit, die Hochachtung und Respekt verdient!



Als Familienpolitikerin gehört zur Sicherheitspolitik für mich auch der **Schutz unserer Kinder** vor Missbrauch und sexuellen Übergriffen. Sei es in der digitalen oder in der realen Welt. Sie sehen, das Thema ist vielschichtig. Die Zuständigkeiten liegen hier sowohl bei den Ländern als auch beim Bund. Weil mir dieses Thema ein Anliegen ist, stand die **dritte Woche meiner Sommertour** deswegen auch unter dem Motto "**Sicherheit**".

## Wir sorgen für Sicherheit!

In den letzten drei Jahren haben wir im Bundestag eine ganze **Fülle von Gesetzen** auf den Weg gebracht, die für mehr Sicherheit nach innen und außen sorgen und das Ehrenamt stärken. Dazu gehören zum Beispiel:

- Das Gesetz zur **Änderung der Staatsangehörigkeit**, dass den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit vorsieht, wenn ein sogenannter "Mehrstaater" für eine ausländische Terrormiliz kämpft.
- Das **THW-Gesetz**, mit dem wir die im Koalitionsvertrag vereinbarte Stärkung des Ehrenamts im THW mit seinen 80.000 Freiwilligen weiter voranbringen. Geregelt ist hier u.a die Fortzahlung von Lohn und Gehalt für die Einsatzkräfte.
- Das **Luftsicherheitsgesetz**: Angriffe sogenannter Innentäter stellen eine der größten Bedrohungen für die Sicherheit des zivilen Luftverkehrs dar. Zum Schutz vor derartigen Angriffen sieht das Gesetz eine Zuverlässigkeitsüberprüfung aller Personen vor, die in besonderer Weise Einfluss auf die Sicherheit des Luftverkehrs nehmen können.

- Eine **Änderung des Waffenrechts**, wonach der Besitz von Waffen künftig alle fünf Jahre durch die Behörde überprüft wird und sie im Rahmen einer Zuverlässigkeitsprüfung beim Verfassungsschutz abfragen kann, ob die betreffende Person dort als Extremist bekannt ist. Mitglieder einer verfassungsfeindlichen Vereinigung gelten künftig als waffenrechtlich unzuverlässig. Zudem muss der gesamte Lebenszyklus einer Waffe, von der Herstellung bis zur Vernichtung, behördlich nachverfolgbar sein. Für Jäger und Sportschützen gibt es über die geltenden Regelungen hinaus keine verschärfen Auflagen.



**Justiz und Polizei** kommt eine maßgebliche Rolle für die innere Sicherheit und den Erhalt des Rechtsstaates zu. Damit sie ihre Aufgaben in Zukunft noch effektiver erfüllen können, haben Bund und Länder im vergangenen Jahr einen **"Pakt für den Rechtsstaat"** vereinbart. Dieser Pakt ist ein **Kernanliegen in dieser Wahlperiode**. Für Polizeiaufgaben werden Bund und Länder je 7500 neue Stellen bis Ende 2021 schaffen.

Der **Bund stellt den Ländern dafür einmalig Mittel in Höhe von 220 Mio. Euro** im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung zur Verfügung. Darüber hinaus haben sich die Länder im Rahmen des Paktes verpflichtet, bis 2021 insgesamt 2000 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte zu schaffen. Ein Teil der Bund-Länder-Vereinbarung ist auch die Modernisierung des Strafverfahrens, die seit Dezember letzten Jahres in Kraft ist.

Ein besonderer Fokus liegt hier auf der Erweiterung der DNA-Analyse, wonach nun auch Augen-, Haar- und Hautfarbe analysiert werden dürfen. Bislang war nur die Erfassung des Geschlechts zulässig. Ebenfalls im Gesetz enthalten ist die **Beschleunigung von Strafverfahren**, die Erweiterung der Telekommunikationsüberwachung zur **Verfolgung von Wohnungseinbrüchen** und die **Stärkung des Opferschutzes**.




---

## Die Sicherheit des Einzelnen fängt im Kleinen an

---

Ob wir uns **in unserer Heimat sicher fühlen**, hängt von vielen Faktoren ab. Oftmals **beginnt das schon im Kleinen**, z.B. bei den **Polizeistationen** in den Gemeinden oder bei der Ausbildung von Rekruten in den Ausbildungsstätten vor Ort. Wieder möchte ich Sie zu zwei Terminen "mitnehmen", die ich in der letzten Woche hatte. Das waren ein Besuchstermin bei der Marineunteroffizierschule in Plön und ein Gespräch mit Innenstaatssekretär Torsten Geerds.

### Marineunteroffizierschule Plön

Am Mittwoch war ich zu Gast bei der **Marineunteroffizierschule (MUS) in Plön**. In der Kaserne Ruhleben am Großen Plöner See werden seit 1960 die Unteroffiziere der Marine ausgebildet. Hier finden sowohl die Allgemeine



Grundausbildung, als auch verschiedene Laufbahnlehrgänge statt. Gemeinsam mit dem Fregattenkapitän Jochen Esser und Oberleutnant zur See Janina Focke hab ich über **die aktuelle Situation der MUS gesprochen.**



So ging es um **anstehende Baumaßnahmen an der Schwimmhalle**, Unterstützung bei der Schwimmausbildung der DLRG, die Rolle der Bundeswehr bei den Maßnahmen gegen Corona und um die **Lage der Truppe im Allgemeinen**. Bei der MUS bin ich immer wieder gern und ich schätze den Dienst der Frauen und Männer unserer Marine sehr. Zu so einem Besuch gehört natürlich auch eine Runde auf dem Schießsimulator, auf dem ich - so ganz nebenbei bemerkt - alle Übungen erfüllt habe.

Besuche wie dieser vergegenwärtigen mir immer wieder aufs Neue, was für eine **fundierte Ausbildung die Soldatinnen und Soldaten** durchlaufen müssen, bevor sie z.B. für einen Auslandseinsatz bereit sind. Wenn wir im Bundestag über die Auslandsmandate der Bundeswehr entscheiden, sollten wir uns also auch immer wieder bewusst sein, mit welcher **großer Verantwortung** auf den Schultern die Soldatinnen und Soldaten diese Einsätze antreten. Die bestmögliche Ausbildung ist neben einer optimalen Ausrüstung das wichtigste, was wir dem Einzelnen bieten müssen!

### Gespräch im Innenministerium

Für das **Gespräch mit Innenstaatssekretär Torsten Geerdts** hatte ich etliche Themen im Gepäck, die für unseren Wahlkreis wichtig sind, für die ich als Bundestagsabgeordnete aber "nur" ein Sprachrohr bin.

Haben Sie schonmal in der **Notaufnahme** auf eine Behandlung gewarten? Zugegeben, bis man dran kommt kann es dauern. Nicht nur, weil immer mehr Menschen in die Notaufnahme kommen, die bei ihrem Hausarzt eigentlich besser aufgehoben wären. Sondern auch, weil die **Belastung der Ärzte und des Pflegepersonals stetig steigt**. Das hat auch damit zu tun, dass Patienten immer wieder verbal aggressiv sind oder handgreiflich werden.



Die **Notaufnahme des Friedrich-Ebert-Krankenhauses** in Neumünster ist ein Beispiel dafür, welche Konsequenzen es hat, wenn das Personal um die eigene körperliche Unversehrtheit bangen muss: Das FEK hat **einen Sicherheitsdienst angestellt**, der dafür sorgt, dass Personal und Patienten "unbeschadet" bleiben. In der Psychiatrie ist ein Sicherheitsdienst ebenfalls nötig. Im Rahmen eines Mini-

Praktikums konnte ich mir selbst ein Bild davon machen, wie Ärzte und Pflegepersonal die Situation meistern.



Der Einsatz von Sicherheitsleuten hängt unmittelbar auch damit zusammen, dass das **FEK die erste Anlaufstelle für Geflüchtete** aus den Einrichtungen in Neumünster und Boostedt sind, die sich aus Angst vor einer drohenden Abschiebung selbst verletzen. Hier ist meines Erachtens das Innenministerium gefragt, dem FEK unter die Arme zu greifen und Abhilfe zu schaffen.

### Die Lage der Polizeistationen vor Ort

Des Weiteren haben wir über die **Situation der Polizeistation in Rickling** gesprochen. Durch die Nähe zur Bundesstraße 205 und zum Psychiatrischen Zentrum ist die Arbeitsbelastung der Beamten dort hoch. Die Immobilie, in der die Polizeistation untergebracht ist, erfüllt jedoch nicht die Voraussetzungen moderner Polizeiarbeit. So fehlt es u.a. an einem Verhörraum oder adäquaten Sozialräumen. Im Innenministerium ist diese Situation nicht unbekannt. Ich habe darum gebeten, das im Blick zu behalten und eine vernünftige Immobilie für die Polizeistation zu finden.

Meine Sommertourwochen nutze ich auch immer, um **mit den Parteifreunden vor Ort ins Gespräch** zu kommen. Die Arbeit der Polizeistationen in den Gemeinden ist dabei ein wiederkehrendes Thema. So ist die Arbeitsbelastung gerade in der Sommermonaten besonders hoch. Urlauber berichten von aufgebrochenen Strandkörben, geklauten Taschen oder davon, dass coronabedingte Hygieneregeln nicht eingehalten werden. Hier bin ich ganz bei den Freunden aus der Kommunalpolitik: Wir brauchen, zumindest saisonal, eine **hohe Polizeipräsenz vor Ort**, damit sich Einheimische und Urlauber sicherer fühlen. Das war unter anderem Thema bei einem Treffen mit dem Laboer Kreistagsabgeordneten Hans-Helmut Lucht.

---

Die kommende Woche steht unter dem Motto "Land- und Waldwirtschaft". Wie immer kommt der Newsletter am Freitagnachmittag. Bis dahin wünsche ich Ihnen ein schönes Wochenende, einen guten Start in die neue Woche und bleiben Sie zuversichtlich!

Ihre

Melanie Laustein

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.